Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5166**

17. Wahlperiode 22. 03. 2011

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Anton Hofreiter, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/4734 –

Beraterverträge im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Vorbemerkung der Fragesteller

Nach der Bundeshaushaltsordnung sind Aufgaben der Verwaltung grundsätzlich durch ihre Angestellten zu erledigen. Nur wenn abgegrenzte und schwierige Sachfragen zu klären sind, die mit „eigenem“ Personal nicht ausreichend beantwortet oder beurteilt werden können, ist die Beauftragung externer Beratung möglich. Die Bundeshaushaltsordnung schreibt die Beachtung von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit für die Einbeziehung externer Sachverständiger vor. Darüber hinaus fordert sie, dass der Vergabe eine öffentliche Ausschreibung vorausgehen muss, sofern nicht die Natur des Geschäfts oder besondere Umstände eine Ausnahme rechtfertigen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Beantwortung erfolgt unter Zugrundelegung der Definition des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) zu externen Beraterleistungen, die auf Basis des Beschlusses des Haushaltsausschusses vom 28. Juni 2006 getroffen wurde und die in den jeweiligen Haushaltsführungsrundschreiben des BMF vorgegeben ist.

1. Welche Beraterverträge wurden wann, mit wem und in welcher Höhe in der laufenden Legislaturperiode im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) abgeschlossen?

2. Welche Abteilung oder nachgeordnete Behörde des BMVBS gaben den Auftrag für das jeweilige Gutachten?

7. Welche Beraterverträge sind in der laufenden Legislaturperiode durch welche Tochtergesellschaften des Bundes wann und in welcher Höhe an welche Firmen zu welchen Themen vergeben worden?

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 18. März 2011 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

10. Welche der Beraterverträge sind Folgeaufträge?

11. Welche der Beraterverträge wurden bzw. werden öffentlich ausgeschrieben?

13. Wie begründet die Bundesregierung für Beraterverträge ohne Ausschreibung den jeweiligen Wegfall der Ausschreibung?

Die Fragen 1, 2, 7, 10, 11 und 13 werden wegen ihres Sachzusammenhangs tabellarisch in Übersicht 1 beantwortet.

3. Welche Beraterverträge werden voraussichtlich im laufenden Jahr 2011 wann, mit wem und in welcher Höhe in der laufenden Legislaturperiode im Geschäftsbereich des BMVBS abgeschlossen?

4. Welche Abteilung oder nachgeordnete Behörde des BMVBS gibt voraussichtlich den Auftrag für das jeweilige Gutachten?

8. Welche Beraterverträge werden voraussichtlich in der laufenden Legislaturperiode durch welche Tochtergesellschaften des Bundes wann und in welcher Höhe an welche Firmen zu welchen Themen vergeben?

Die Fragen 3, 4 und 8 werden wegen ihres Sachzusammenhangs tabellarisch in Übersicht 2 beantwortet.

5. Welche noch laufenden Beraterverträge aus den vergangenen Legislaturperioden wurden wann, mit wem und in welcher Höhe im Geschäftsbereich des BMVBS abgeschlossen?

6. Welche Abteilung oder nachgeordnete Behörde des BMVBS gab den Auftrag für das jeweilige Gutachten?

9. Welche noch laufenden Beraterverträge aus den vergangenen Legislaturperioden sind durch welche Tochtergesellschaften des Bundes wann und in welcher Höhe an welche Firmen zu welchen Themen vergeben worden?

Die Fragen 5, 6 und 9 werden wegen ihres Sachzusammenhangs tabellarisch in Übersicht 3 beantwortet.

12. Welche Beraterverträge wurden dem Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgelegt?

Dem Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wurde der Beratervertrag zur „Überprüfung der aktualisierten Kostenuntersuchung der DB AG zum Projekt Stuttgart 21“ zur Kenntnisnahme vorgelegt.

14. Welche Kosten entstehen dem Bund durch Beiräte im Geschäftsbereich des BMVBS?

Im Einzelplan 12 des Bundeshaushaltsplans 2011 sind für Ausgaben für Mitglieder von 14 Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen insgesamt 123 000 Euro veranschlagt.

Übersicht 1

Beraterverträge in der laufenden Legislaturperiode

Beratervertrag Titel bzw. Thema	Vertragsabschluss bzw. Vergabedatum	Vertragspartner bzw. Firma	Vertragshöhe bzw. Vergabehöhe in Euro	Abteilung bzw. nachgeordnete Behörde bzw. Tochtergesellschaft	Folgevertrag (ja/nein)	öffentliche Ausschreibung (ja/nein/ggf. Begründung)
Maut auf Bundesstraßen – Notwendigkeit Vergabeverfahren	08.06.2010	Linklaters LLP	201 000	Z	nein	nein[1]
Beratungsleistungen	10.12.2009	*	38 080	Deutsche Flugsicherung GmbH	ja	nein[2]
Beratungsleistungen	18.01.2010		149 940	Deutsche Flugsicherung GmbH	ja	nein[2]
Fortführung Leistungen „Optimierung der Organisationsstruktur“	24.06.2010		33 201	Deutsche Flugsicherung GmbH	ja	nein[2]
Fortführung Bahnreform	04.02.2009	Orrick Hölters & Elsing	172 794	LA	nein	nein[3]
Durchführung von ergänzenden Untersuchungen im Rahmen des Planungskostengutachtens	09.07.2010	Dornier Consulting GmbH und TU Dresden	83 878	LA	ja	nein[4]
ergänzende Erfassung der für den Güterverkehr relevanten Strecken nicht bundeseigener Eisenbahnen (NE) im Schienennetz in der Bundesverkehrswegeplanung 2009	04.03.2010	BVU	6 420	LA	nein	nein[5]

* Keine Angaben durch DFS erfolgt, da durch Bekanntgabe der Auftragnehmer deren Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse verletzt werden. In der zur Verfügung stehenden Zeit konnte die DFS die Zustimmung aller betroffenen Vertragspartner nicht einholen.

1 unter Anwendung § 2 Nummer 1 Buchstabe b VgV
2 keine Pflicht der DFS zu öffentlichen Ausschreibungen bei Auftragswerten unterhalb von 193 000 Euro netto
3 §§ 7 und 55 BHO i. V. m. § 2 Absatz 1 Satz 2 VOF und Anhang IB (Kategorie 21) der VOF
4 § 3 Absatz 5l VOL/A
5 § 3 Nummer 4p VOL/A (Ausgabe 2006)

Beratervertrag Titel bzw. Thema	Vertrags-abschluss bzw. Vergabe-datum	Vertragspartner bzw. Firma	Vertragshöhe bzw. Vergabehöhe in Euro	Abteilung bzw. nachgeordnete Behörde bzw. Tochtergesellschaft	Folge-vertrag (ja/nein)	öffent-liche Aus-schreibung (ja/nein/ ggf. Be-gründung)
Regulierungsnotwendigkeit der Eisenbahninfrastruktur	09.06.2010	WIK Consult	44 149	LA	nein	ja
Überprüfung der aktualisierten Kostenschätzung der DB AG zum Projekt Stuttgart 21	19.11.2010	Susat & Partner OHG	97 780	LA	nein	nein[6]
Neue Modelle zur Schaffung zusätzlicher Lkw-Parkplätze unter Einbindung Privater: Fragenkatalog zur endgültigen Absicherung der Rechtsposition des BMVBS	18.11.2010	Kanzlei Beiten Burkhardt	100 000	StB		nein[7]
Mautbemessungs- und -kalkulationsverordnung nach § 4 FStrPrivFinG sowie Klärung gebührenrechtlicher Fragestellungen im Vorhaben F-Modell A 281, Weserquerung	24.11.2009	Kanzlei Graf von Westphalen	197 361	StB	nein	nein[8]
Klärung besonders komplexer Fragestellungen im Zuge der Vertragsdurchführung der ÖPP-Pilotprojekte	07.12.2009	ARGE Schüssler-Plan und Investitionsbank	148 000	StB	nein	nein[8]
Kurzgutachten zur abschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung beim ÖPP-Verfahren A 8, Ulm–Augsburg	27.12.2010	KCW GmbH, Strategie- und Managementberatung	23 800	StB	nein	nein[9]
Kurzgutachten zu vergabe- und haushaltsrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen zu ÖPP-Betreibermodellen im Bundesfernstraßenbau	14.01.2011	KPMG Rechtsanwaltsgesellschaft	17 612	StB	nein	ja

[6] § 3 Absatz 5g und l VOL/A
[7] §§ 7 und 55 BHO i. V. m. § 2 Absatz 1 Satz 2 VOF und Anhang IB (Kategorie 21) der VOF
[8] §§ 7 und 55 BHO i. V. m. § 2 Nummer 1 VOF
[9] §§ 7 und 55 BHO i. V. m. § 3 Absatz 4c VOF

Beratervertrag Titel bzw. Thema	Vertrags-abschluss bzw. Vergabe-datum	Vertragspartner bzw. Firma	Vertragshöhe bzw. Vergabehöhe in Euro	Abteilung bzw. nachgeordnete Behörde bzw. Tochtergesellschaft	Folge-vertrag (ja/nein)	öffent-liche Aus-schreibung (ja/nein/ ggf. Be-gründung)
Eignungsabschätzung sowie jeweils optional die Erstellung einer Konzeption und die Durchführung einer Vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Projektes Elbquerung im Zuge der A 20 bei Glückstadt	08.09.2010	Schüßler-Plan Ingenieurgesellschaft und Investitionsbank Schleswig-Holstein	486 079	StB	nein	ja
Begleitung/Beratung des BMVBS bei der Vergabe von vier ÖPP-Projekten im Bundesfernstraßenbau	15.02.2011	ARGE AMNRA Rechtsanwalts-gesellschaft mbH	7 046 942	StB	nein	ja
Fachliche und organisatorische Begleitung des Prozesses der Bundesverkehrswegeplanung	Sept. 2010	PTV Planung Transport Verkehr AG TCI Röhling – Transport Consulting International	655 928	UI	nein	ja
Technische Beratung im Projekt Lkw-Maut	11.12.2009	TÜV Rheinland Inter-Traffic GmbH	1 573 580	UI	ja	ja
Juristische Beratung im Projekt Lkw-Maut	05.08.2010	Kanzlei OLSWANG	1 038 092	UI	ja	nein[10]
Gutachten zur Vereinbarkeit der Bemautung vier- und mehrstreifiger Bundesstraßen mit EU-Recht	17.08.2010	Freshfields Bruckhaus Deringer	42 180	UI	nein	nein[10]
Variantenberechnungen zum Wegekostengutachten 2007	20.10.2010	IWW/ProgTrans	96 850	UI	ja	nein[11]
Erstellung/Aktualisierung des vorhandenen IT-Sicherheits-Konzeptes nach IT-Grundschutz-Vorgehensweise (BSI-Standard 100-2)	12/10	Steria Mummert Consulting AG	92 159	BBR	nein	nein[12]

[10] §§ 7 und 55 BHO i. V. m. § 1 Absatz 3 Satz 1 i. V. m. Anhang I Teil B Nummer 21 der VOF
[11] § 3 Absatz 5l VOL/A
[12] freihändige Vergabe nach Ziffer I Nummer 21 des Erlasses des BMWi vom 29.01.2009 (Konjunkturpaket) i. V. m. § 3 Nummer 4f VOL/A

Übersicht 2

Beraterverträge im laufenden Jahr 2011

Beratervertrag Titel bzw. Thema	Vertragsabschluss bzw. Vergabedatum	Vertragspartner bzw. Firma	Vertragshöhe bzw. Vergabehöhe	Abteilung bzw. nachgeordnete Behörde bzw. Tochtergesellschaft	Folgevertrag (ja/nein)	öffentliche Ausschreibung (ja/nein)
Reduzierung des techn. Regelwerks im Straßenbau u. Bereitstellung der Regelwerke StB im Internet	geplant 2011	Ausschreibung in Vorbereitung		StB	nein	ja
Eignungsabschätzung sowie jeweils optional die Erstellung einer Konzeption und die Durchführung einer Vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Projektes Albaufstieg im Zuge der A 8	laufendes Vergabeverfahren			StB	nein	ja
Durchführung von Beratungsaufgaben im Bereich der Schifffahrt	laufendes Vergabeverfahren			WS	nein	ja

Übersicht 3

Beraterverträge aus vergangenen Legislaturperioden

Beratervertrag Titel bzw. Thema	Vertragsabschluss bzw. Vergabedatum	Vertragspartner bzw. Firma	Vertragshöhe bzw. Vergabehöhe in Euro	Abteilung bzw. nachgeordnete Behörde bzw. Tochtergesellschaft	Folgevertrag (ja/nein)	öffentliche Ausschreibung (ja/nein)
Organisationsuntersuchung	03.12.2003	Kienbaum	20 671	BASt	nein	ja
Organisationsuntersuchung	03.12.2003	Kienbaum	20 671	BASt	nein	ja
Gutachten zur Höhe der vom Bund gewährten Planungskosten-pauschale für zuwendungsfähige Baukosten im Bedarfsplan für die Bundesschienenwege	18.03.2009	Dornier Consulting GmbH und TU Dresden	357 813	LA	nein	ja
Gutachterleistung zur Klärung der rechtlichen Voraussetzungen einer im Rahmen der Bundesauftrags-verwaltung der Bundesfernstraßen umzusetzenden Nutzung zusätz-licher Flächen an und neben den BAB zur Erhöhung der Lkw-Park-kapazitäten sowie Entwicklung von Modellen, Ablaufschemata und Muster-Verträgen	22.01./02.02.2009	Kanzlei Graf von Westfalen	384 810	StB	nein	ja
Entwicklung und Installation eines EDV-gestützten Controlling-systems Bundesfernstraßenbau (CSBF)	23.08.2006	Steria Mummert Consult (SMC) IT-Fachberater für das CSBF	663 117 (Ausgabestand 31.12.2010)	StB	nein	ja
Beratung bei der Vergabe von ÖPP-Projekten im Bundesfernstraßenbau	04.06.2004	ARGE Investitionsbank Schleswig-Holstein und Schüßler-Plan	3 313 372	StB	nein	ja



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333